

**Antrag****des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD****Situation der Tarifbeschäftigte und des Justizwachtmeisterdienstes in der baden-württembergischen Justiz**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Anzahl der Tarifbeschäftigte in der Justiz in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat unter Darstellung des im Haushalt vorgesehenen Stellensolls, der tatsächlich besetzten Stellen sowie der Anzahl der Vollzeitäquivalente (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirken und Entgeltgruppen sowie landesweiter Gesamtzahlen);
2. in welchem Umfang in den vergangenen fünf Jahren und aktuell im Bereich der Tarifbeschäftigte in der Justiz weiterhin Einsparvorgaben umgesetzt wurden bzw. werden;
3. wie viele der Tarifbeschäftigte in der Justiz nach Ziffer 1 aktuell mit welcher durchschnittlichen Dauer befristet beschäftigt sind (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirken und Entgeltgruppen);
4. in wie vielen Fällen nach Ziffer 3 eine Entfristung tarifrechtlich möglich wäre und mit welcher Begründung eine entsprechende Entfristung nicht erfolgt;
5. wie sich die Anzahl der Beamtinnen und Beamten im Justizwachtmeisterdienst in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat unter Darstellung des im Haushalt vorgesehenen Stellensolls, der tatsächlich besetzten Stellen sowie der Anzahl der Vollzeitäquivalente (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirk und Besoldungsgruppe sowie landesweiter Gesamtzahlen);
6. wie viele freiwillige Mehrarbeitsstunden in den vergangenen fünf Jahren im Tarifbereich und Justizwachtmeisterdienst in der baden-württembergischen Justiz jährlich geleistet wurden (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirken und Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen);
7. ob sie beabsichtigt, die Absicherung über die freiwillige Heilfürsorge künftig auf die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes analog der Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug auszuweiten und falls nein, mit welcher Begründung sie eine Ausweitung ablehnt;
8. seit wann welches konkrete Personalentwicklungskonzept für den Tarifbereich und für den Justizwachtmeisterdienst in der Justiz verfolgt wird und falls es ein solches nicht gibt, mit welcher Begründung davon bisher abgesehen wurde;
9. wie viele Tarifbeschäftigte in der Justiz und Beamtinnen und Beamte des Justizwachtmeisterdienstes in 2026, 2027, 2028, 2029 und 2030 voraussichtlich das Renteneintrittsalter erreichen bzw. in den Ruhestand treten werden unter Darlegung der Stellen sowie Vollzeitäquivalenten (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirk und Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe sowie landesweiter Gesamtzahlen);
10. welche konkreten Maßnahmen sie zur Steigerung der Attraktivität des Tarifbereichs und des Justizwachtmeisterdienstes in der Justiz in den vergangenen Jahren ergriffen hat.

11.12.2025

Dr. Weirauch, Weber, Binder, Hoffmann, Ranger SPD

## Begründung

Die Beschäftigten in der Justiz leisten Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unseren Rechtsstaat. Der Antrag soll Aufschluss über die aktuelle Situation der Tarifbeschäftigte in der Justiz und der Beamtinnen und Beamten im Justizwachtmeisterdienst in unserem Land geben.